



Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 114'209
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 681,013
Abo-Nr.: 1094295
Seite: 12
Fläche: 18'557 mm²

Gegen neue Gelder für den Wald

Die Erschliessung des Nutzwaldes bleibt laut Ständerat Sache der Kantone

Neue Bundessubventionen würden die Prinzipien des NFA unterlaufen, hat die Mehrheit argumentiert. Bereits sind jedoch weitere Vorstösse eingereicht, welche zusätzliche Mittel für die Holzwirtschaft fordern.

For. Bern · Im Ständerat hat sich am Montag eine lebhaft debattierte über neue Bundessubventionen für die Holzwirtschaft entsponnen. Den Rahmen dazu bot die Teilrevision des Bundesgesetzes über den Wald, die weitgehend unbestritten war. Die vorberatende Kommission schlug für die Erschliessung von Nutzwäldern den Griff in die Schatulle des Bundes vor. Dabei geht es um den Neubau und die Sanierung von Strassen. Der Nationalrat hatte einer entsprechenden Motion von SVP-Nationalrat Erich von Siebenthal bereits im vergangenen Jahr zugestimmt.

Die Befürworter argumentierten, damit könne der Rohstoff Holz besser ge-

nutzt werden. Die zusätzlichen 8 Millionen Franken seien verhältnismässig, sagte Isidor Baumann (Uri, cvp.). Damit könnten 800 Arbeitsplätze in der Holzwirtschaft geschaffen oder mindestens gesichert werden. Der Import von Holz sei die schlechtere Alternative gegenüber einheimischem Gewächs.

Die Anhänger der neuen Subvention wurden mit kritischen Voten von allen Seiten eingedeckt. Dies würde die Prinzipien des neuen Finanzausgleichs (NFA) unterlaufen, sagte Werner Hösli (Glarus, svp.). Nur weil die Kantone ihre Aufgaben nicht gemacht hätten, könne jetzt nicht einfach der Bund einspringen. Gemäss dem NFA ist die Erschliessung ausserhalb des Schutzwaldes Aufgabe der Kantone. Die Nutzwälder seien längst gut erschlossen, sagte Hösli. Mit den geforderten Mitteln würde laut Anita Fetz (Basel-Stadt, sp.) ein Arbeitsplatz mit 25 000 Franken subventioniert, was einfach zu viel sei. Auch Umweltministerin Doris Leuthard wehrte sich gegen den Antrag. Sie bemerkte, angesichts der von den Be-

fürwortern angeführten positiven Wirkungen sei es erstaunlich, dass bisher weder die Branche noch die Kantone die Erschliessung finanziert hätten. Der Ständerat lehnte den Vorschlag der Kommission in der Folge deutlich, mit 29 zu 12 Stimmen, ab.

Derweil werden im Parlament in der laufenden Session bereits neue Vorstösse eingereicht, die angesichts des Franken-Schocks mehr Geld für Waldwirtschaft und Holzverarbeitung fordern. Zu den Urhebern gehören auch SVP-Politiker, die sonst nicht müde werden, Subventionen anzuprangern.

Der Revision des Waldgesetzes stimmte der Ständerat mit 38 zu 1 Stimme zu. Sie schliesst Lücken, so bei Verhütung und Behebung von Waldschäden ausserhalb des Schutzwaldes. Laut Bundesrat nehmen die Gefahren durch eingeschleppte Schädlinge wie den asiatischen Laubholzbockkäfer und den Klimawandel zu. Ergänzend zur Vorlage der Regierung will der Ständerat den Bau von Windrädern und Hochspannungsleitungen im Wald erleichtern.